

blierung der Grünen aber die Linksverschiebung des politischen Systems der Bundesrepublik. Und sie zeigt das Versagen der konservativen Eliten, die nach anfänglichem Widerstreben rasch bereit waren, sich mit der neuen Partei zu arrangieren und diese als legitimen Teil des politischen Systems zu akzeptieren.

Einen vorläufigen Höhepunkt hat diese Entwicklung mit der Debatte über mögliche schwarz-grüne Koalitionen erreicht, die durch Signale der CDU im November 1994 ausgelöst wurde. Die Unterstützung der CDU bei der Wahl Antje Vollmers zur Vizepräsidentin des Bundestages und vor allem die Bereitschaft der Union, die Grünen in die Parlamentarische Kontrollkommission zur Überwachung der Geheimdienste einzubeziehen, wurden in der Öffentlichkeit so verstanden, wie sie wohl auch gemeint waren: nicht als pragmatische Sachentscheidungen, sondern als symbolische Gesten, die den Willen der Union demonstrieren sollten, die Grünen als eine normale demokratische Partei wie SPD und FDP zu akzeptieren. Auch für Konservative in der CDU, wie den Fraktionsführer Wolfgang Schäuble, gehört inzwischen die Beteuerung zum guten Ton, man dürfe die Grünen »nicht ausgrenzen« und es gelte, »Berührungsängste« abzubauen, schließlich seien sie heute »politische Gegner wie die SPD auch«.<sup>36</sup> Die partei- und koalitionstaktischen Gründe, die die Union zu solchen Aussagen treiben, sind nachvollziehbar. Aber die Gefahr liegt darin, daß, um solche Bekundungen zu legitimieren, mit Kritik an den nach wie vor wirksamen antidemokratischen Elementen der Grünen Partei zurückgehalten wird.

Peter Gauweiler kommentierte Anfang Dezember 1994: »Noch im Wahlkampf dieses Jahres waren die Grünen von der Union als indiskutabel bezeichnet worden, was mit dem grünen Wahlprogramm vom Februar 1994 aktuell begründet wurde: Auflösung der Bundeswehr, Auflösung der Nato, Rückkehr zum alten Asylrecht, freier Verkauf von Haschisch und Marihuana, Anhebung der Mineralölsteuer auf fünf Mark, Schwerverkehrs-Abgabe, zusätzliche Investitionsabgabe, zusätzliche Abfallabgabe, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden – an diesen Wünschen sollte man die Grünen erkennen. Es war dieser Wahlkatalog, der den fundamentalen bürgerlichen Einwendungen gegen Rotgrün die aktuelle Berechtigung gab. Was müssen die Bürger denken, wenn wenige Wochen nach dem mit ihrer Hilfe erkämpften Wahlsieg der CDU-Generalsekretär die gleichen Grünen als »verlässliche und faire Partner in überparteilichen Parlamentsfragen« bezeichnet? Offensichtlich hat man jeden Maßstab verloren, was man den eigenen Wählern auch sprachlich zumuten kann.«<sup>37</sup>

Bei vielen Fragen ist es heute schon so, daß die Grünen die Richtung

vorgeben, dann die SPD nachzieht und schließlich die Union mit einem deutlichen Verzögerungseffekt nachhinkt. Die Debatte um die »Quotenregelung« ist ein Beispiel, aber auch bei zahlreichen anderen Themenkomplexen geben die Grünen inzwischen den Ton an. So haben sich in der Diskussion über die Kernenergie die grünen Positionen zunehmend durchgesetzt. Die Zahl derjenigen, die dafür votierten, »daß in Deutschland weiterhin Kernkraftwerke gebaut werden«, sank in den Jahren 1977 bis 1991 von 45 auf nur noch 28 Prozent.<sup>38</sup> Und auf die Frage, bei wem man das Gefühl habe, am besten und umfassendsten zum Thema Kernenergie informiert zu werden, nannten im Mai 1991 nur jeweils 12 Prozent der Befragten die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, nur 3 Prozent vertrauten der FDP und nur 5 Prozent den Gewerkschaften, aber immerhin 19 Prozent fanden die Grünen am vertrauenswürdigsten.<sup>39</sup>

Die Einwirkungen der grünen Partei gehen weit über ihre Beteiligung an Landesregierungen und die in Wahlen dokumentierten Erfolge hinaus. Entscheidender ist, daß es den Grünen immer wieder gelang, politische Themen zu besetzen und die Meinungsführerschaft in der öffentlichen Diskussion zu übernehmen. Dies konnte jedoch nur geschehen, weil sie überdurchschnittlich viele Sympathisanten in den Medien hatten und haben und weil die Reihen ihrer natürlichen Widersacher, also parteipolitisch gesehen die CDU, bereits innerlich aufgeweicht waren und maßgebende Politiker der Union entscheidende Positionen der Grünen schon übernommen hatten.